

Aufwärts

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.95 und 0.88 Beleggebühren, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifenband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pf. Postfachkonto Hannover 67 577.

Christliches Tageblatt

mit den Beilagen „Für Herz und Haus“, „Andergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:

Die einseitige Zeile mit 10 Wörtern oder deren Raum 10 Pfennig. Beilagen 30 Pf. Beilagen unter 20 g je tausend 15 Pf. Schluss der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfachkonto Hannover 67 577.

Nr. 60.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Freitag, den 13. März 1931.

13. Jahrgang.

Gott schätzt nicht, was du Gut's, nur wie du es getan:
Er schaut die Früchte nicht, nur Kern und Wurzel an.
Angelus Silesius.

Youngjahr I.

Von Hans Fröhke, Berlin.

Am 12. März 1930, vor genau einem Jahre, nahm der deutsche Reichstag die von der Regierung Müller vorgelegten Young-Gesetze mit 270 gegen 192 Stimmen bei 3 Enthaltungen an. Mit ähnlichen Mehrheiten wurden die anderen aus der Haager Konferenz hervorgegangenen Verträge sanktioniert.

Das erste Youngjahr ist vorbei, und man kann seine Ergebnisse nun an den Versprechungen messen, die von Seiten der Befürworter des Youngplanes für diese neue Tributregelung ins Feld geführt wurden. In den Reden der Reichsminister während der großen innerpolitischen Auseinandersetzung um das Volksbegehren wurde festgestellt, daß der Youngplan gegenüber dem Dawesplan eine Ersparnis von 500 Millionen Mark jährlich bedeute und damit eine fühlbare Erleichterung der Reparationslast bringe. Zwar klang schon damals aus den Reden der Verantwortlichen das Bedenken hindurch, daß der Youngplan unerfüllbar sei. Aber mit merkwürdiger Unlogik wurde gleichzeitig lobend hervorgehoben, daß der neue Tributplan endlich eine feste Reparationssumme nenne, eine endgültige Regelung der deutschen Zahlungsverpflichtungen bedeute und daß trotz aller berechtigten Sorgen um seine spätere Erfüllbarkeit doch zunächst einmal eine Erleichterung nicht zu bestreiten sei.

Also auch von den Befürwortern des Youngplanes wurde dieser nur um seiner Anfangsvorteile willen hingenommen. Und diese Anfangsvorteile sollten gerade im ersten Youngjahr am größten sein.

Sehen wir die Tatsachen an, die nun, nach einem Jahre, vor uns liegen: am 1. März 1930 gab es in Deutschland 2,3 Millionen Arbeitslose, für die man zu allererst aus der Youngbelastung späterer Generationen Arbeitsmöglichkeit erhoffte. Am 1. März 1931 aber gab es mehr als doppelt soviel Arbeitslose, nämlich 4,99 Millionen! Das ist die erste und ärgste Fehlspekulation mit den Anfangsvorteilen des Youngplanes, von denen man trotz der auch schon 1930 bestehenden Weltwirtschaftskrise eine Ankurbelung der deutschen Wirtschaft erhoffte!

Vor Annahme der Younggesetze im Reichstag, in der Zeit der beschämenden Suche nach Zwischenkrediten für die Reichsregierung zur Regelung dringender Zahlungsverpflichtungen war schon eine Milliarde neuer Steuern und Belastungen ausgeschrieben worden. Mit zwei Ausnahmen im Oktober 1930 und im Januar 1931 konnte die neue Reichsregierung zwar auf solche besonders unwirtschaftliche, ganz kurzfristige Kredite verzichten, aber die Auslandsverschuldung des Reiches ist nach Aussage des Reichsbankpräsidenten Dr. Luther im ersten Youngjahr um eine Milliarde gestiegen, obwohl dem deutschen Volk trotz der vielgepriesenen „Youngersparnisse“ neue Steuern auch in diesem Jahr nicht erspart geblieben sind.

Ein Hauptgrund gegen die Beibehaltung der Dawes-Tributregelung war der Hinweis auf den Wohlstandsindex, der, wie man behauptete, bald in einer starken Steigerung der Jahresraten fühlbar geworden wäre. Trotz der umstrittenen, schwierigen Berechnungsart, die dieser Index für den „Wohlstand“ des deutschen Volkes, an dem keine „Gläubiger“ mit Anteil haben sollten, vorsah, ist nicht zu glauben, daß unter der Wirkung des angeblich schlimmeren Dawesplanes sich in Deutschland ein Wohlstand entwickelt hätte, nachdem das günstigste aller Youngjahre mit der Gläubigerbilanz abgeschlossen hat, wie wir uns sehen. — Auf der anderen Seite ist jene bekannte Goldklausel des Dawesvertrages entfallen, in der der deutschen Regierung das Recht gegeben wird, bei einer Verringerung der Kaufkraft des Goldes um mindestens 10 v. H. im Vergleich zu 1928 eine Revision der Jahresraten zu verlangen. Schon am Tage der Annahme des Youngplanes im Reichstag, also schon am Tage des endgültigen Verzichts auf die Vorteile dieser Bestimmung, war die Kaufkraft des Goldes, gemessen an den Großhandelspreisen, um fast 20 v. H. gestiegen. Heute, nach einem Jahre, ist die Goldkaufkraft um etwa 25 v. H. gestiegen, und mit Recht könnte das Reich, wenn es noch im Genuß der Goldklausel des Dawesplans stünde, eine Ermäßigung der jährlichen Tributraten um ein volles Viertel verlangen.

Wer vor einem Jahre darauf hinwies, daß Deutschland alle seine bisherigen Tributzahlungen aus der Substanz geleistet oder erborgt habe, dem wurde geantwortet, daß der Youngplan ausdrücklich die Mitwirkung der übrigen Länder an seiner Erfüllung vorsehe, und daß er als einzige Quelle jahrzehntelanger deutscher Zahlungen einen deutschen Ausfuhrüberschuß anerkenne. Wir haben von der Mitwirkung der übrigen Länder an der Erfüllung des neuen Tributplanes nichts anderes gespürt, als daß die anderen Länder ihre Zollschränken erhöhten. Und am Ende des ersten Youngjahres muß ein Mann von der Autorität des früheren Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht feststellen, daß Deutschland „seit 12 Jahren nicht imstande gewesen ist, auch nur einen einzigen Pfennig dieser Reparationszahlungen aus eigenem volkswirtschaftlichem Erwerb aufzubringen“. Ja, wir borgen die mit erborgtem Geld gezahlten Tribute auch noch zurück (Pariser Anleiheverhandlungen!), um so die finanzielle Belastung, wahrscheinlich auch die politische Bindung zu vergrößern. Wirtschaftlich und finanziell sind alle auf den neuen Tributplan gesetzten Hoffnungen restlos unerfüllt geblieben.

Und wie steht es politisch? Die unter ausschlaggebendem sozialdemokratischem Einfluß stehende Regierung des Reichskanzlers Müller, die den Kampf gegen das Volksbegehren und für den neuen Tributplan mit dem Aufgebot aller ihr zur Verfügung stehenden Mittel bis hin zu den Maßnahmen, welche das Reichsgericht verurteilen mußte, führte und führen ließ, brach wenige Wochen nach erfolgter Durchbringung ihrer Tributgesetze durch den wenig stichhaltig begründeten Abbruch der Sozialdemokratie auseinander. Es kam die Minderheitsregierung Brüning, deren parlamentarische Basis durch die Wahlen vom 14. September noch mehr geschnitten wurde, und die darauf angewiesen ist, in kritischen Augenblicken ihre Mehrheit mit Hilfe der Sozialdemokratie zu sichern. Auch wenn man die Frage, ob die Reichsregierung von der Sozialdemokratie oder ob die Sozialdemokratie von der Reichsregierung abhängig ist, ganz beiseite läßt, ist festzustellen, daß die Hauptträgerin der Verantwortung für den Youngplan, nämlich die sozialdemokratische Partei, auch heute noch sozusagen stille Koalitionsteilhaberin ist, ohne doch in vollem Lichte jener Verantwortung zu stehen.

Außenpolitisch ist eine weithin sichtbare Folge der Haager Verhandlungen zweifellos eingetreten: die Räumung der zweiten und dritten Zone des besetzten Gebietes. Aber man kann und muß fragen, ob die „vorzeitige“ Räumung mit der Tributbelastung auf Generationen hinaus nicht zu teuer bezahlt war, zumal der Kaufpreis der Räumung eigentlich schon in dem Locarnopakt und in der Unterschrift unter den Dawesplan beglichen war. Das Saargebiet, dessen Erlösung durch die Annahme des neuen Tributplans uns schon vor einem Jahr mit unsicheren Worten in sichere Aussicht gestellt worden war, ist nach Abbruch der Saarverhandlungen, noch heute vom Reich getrennt — ja, es ist heute mehr denn je Spielball französischer Spekulationen.

Der günstige Einfluß, den man sich von der Ratifizierung der Haager Abmachungen auch für die Abrüstungsfrage versprach, ist ausgeblieben, denn die vorbereitende Abrüstungskommission hat einen Entwurf an die für 1932 anberaumte Abrüstungskonferenz gegeben, der mit dürren Worten die Rüstungsungleichheit zwischen „Sieger“ und „Besiegten“ des Weltkrieges verneint.

Man kann nach Ablauf des ersten Youngjahres sagen, daß die neue Tributregelung das Kernproblem der ganzen deutschen Nachkriegspolitik auf eine falsche Bahn gebracht und heillos festgefahren hat. Die verantwortlichen Stellen in Deutschland scheuen sich bei einem Stand von 5 Millionen Arbeitslosen, das einzige kleine Erleichterungsmittel des Youngplanes, das kurzfristige Moratorium, in Anspruch zu nehmen, obwohl kein Mensch in Deutschland jetzt noch an die Erfüllbarkeit des Youngplanes glaubt. Wenn ein Mann wie Dr. Schacht, einer der allerbesten Kenner des Youngplanes, erklärt, er würde als deutscher Diktator unter Anerkennung aller privaten Zahlungsverpflichtungen die politische Zahlungsverpflichtung der Tribute rundweg ablehnen, dann hat man im Lager der unentwegten Erfüllungspolitik nichts anderes zu entgegen, als daß Dr. Schacht den Boden der gegebenen Tatsachen offenbar völlig verlassen habe. Ein immer größerer Teil des deutschen Volkes aber weiß, daß der Boden der gegebenen Tatsachen am 12. März 1930 verlassen wurde, als eine Mehrheit des deutschen Reichstages zwei Generationen des deutschen Volkes mit unerfüllbaren Tributen belastete. Und immer weitere Kreise suchen nach dem Ausweg aus dem verhängnisvollen Tribut-„Vertrag“.

Zurück zur Gerechtigkeit und Vernunft.

Der Aufwärts pflegt im allgemeinen die bündische Bewegung rechts und links nur in soweit einer Betrachtung zu unterziehen, als in ihr das Ringen um eine neue Staatsgesinnung und Staatsgestaltung bemerkbar wird.

Bisher mußte aus diesem Grunde, nicht etwa aus parteipolitischer Gegensätzlichkeit, das Reichsbanner Schwarzrotgold außer Acht bleiben. Denn in keiner anderen bündischen Organisation ist bisher so wenig nationalpolitische Willensbildung, ideenmäßige Verbekraft bemerkbar gewesen wie im Reichsbanner.

Als reine militärisch geschulte Abwehrformation für vermeintliche Angriffe gegen die Republik gebildet, hat das Reichsbanner während der sieben Jahre seines Bestehens keinen neuen Gedanken auf sein Programm gestellt, als den „Schutz der Republik“. Und sein Führer Göring hat erst kürzlich wieder in Berlin bekannt, daß er es ablehne, sich auf eine politische Willensbildung festzuliegen, daß er vielmehr auf die Parole von Seiten der republikanischen Parteien warte. Das Reichsbanner mit seinen vielen Anhängern steht wie ein großer, manchmal sogar grober Klotz zwischen den Dingen, mehr hindernd als fördernd. Dienstbar nur einer bestimmten Parteikonstellation. In dem Ringen um den Zeitfenn, um die Neugestaltung ist es nicht beteiligt.

Die Versuche des Jungdo, durch sachliche Kritik, durch Bauen von Brücken, diese große Masse der Staatsidee näher zu bringen, sind bekannt, wie auch die Tatsachen, daß alle diese Bemühungen erfolglos geblieben sind. Es wiederholt sich hier der Fall, daß eine große und umfassende Organisation ihrer geschichtlichen Aufgabe sich nicht bewußt wird. Der Sozialdemokratie, die 50 Jahre lang die Macht angestrebt hatte, fiel sie als überreife Frucht am 8. 11. 18 in den Schoß, ohne daß sie den rechten Gebrauch von ihr zu machen wußte. Sie erschöpfte sich in der Umkehrung der Verhältnisse, brachte, was unlen war, nach oben, und glaubte, damit die Patentlösung gefunden zu haben. Ihre, heute erkennbare, geschichtliche Aufgabe wäre es gewesen, die breiten Massen zum Staate hinzuführen, die Arbeiterschaft in den Rechts- und Kulturkreis einzubeziehen und aus Staatsbürgern zweiter Klasse gleichberechtigte Staatsbürger zu machen, ohne damit zugleich eine neue Schicht Staatsbürger zweiter Klasse erwachsen zu lassen, weil deren Staatsauffassung eine andere als die der SPD ist.

Das Reichsbanner wäre berufen gewesen, diese von der SPD nicht gelöste Aufgabe durchzuführen, wenn es seine Zeit recht verstanden und benutzt hätte. So erschöpfte es sich aber im Schutz von Formen und Symbolen, die schon seit einigen Jahren nicht mehr ernstlich bekämpft sind. Denn es hat auf der rechten Seite eine starke Verschiebung stattgefunden in der Richtung des Kampfes um den Staatsinhalt. — Auf diesem Kampffelde hat sich das Reichsbanner bisher noch nie gestellt. Eine Stellungnahme wäre für diese Organisation auch gefährlich, weil der überwiegende Teil ganz offensichtlich nur „auch republikanisch“ eingestellt ist, d. h. stark zur SPD tendiert und die sozialistische Republik anstrebt. Das kommt auch rein äußerlich zum Ausdruck, einmal in dem Plederschaf, der mehr dem Arsenal des Klassenkampfes entnommen ist, und weiter in der Mitführung von roten Fahnen oder rotbewimpelten schwarz-rotgoldenen Fahnen. Und selten nur demonstriert das Reichsbanner ohne die SPD. Die besondere Vorliebe republikanischer Machteponenten für das Reichsbanner ist bekannt.

Das Amt eines Reichs- oder Landesministers erfordert ein hohes Maß von Objektivität. Wenigstens nach der Verfassung. In der Praxis ist aber festzustellen, daß die Hineinziehung zum Reichsbanner und die Protegierung mit dieser verfassungsmäßig verlangten Objektivität nicht mehr in Einklang zu bringen ist. Man darf darum auch nicht verlangen, daß das Reichsbanner als überparteiliche Organisation betrachtet werden muß, deren Fahnen die Gleichachtung genießen sollen wie das Staatsymbol.

In letzter Zeit ist die Öffentlichkeit mehrfach durch Vorkommnisse stark beunruhigt worden. Ob der Bestand der Republik derart gefährdet ist, daß dem Reichsbanner gestattet wird, eine Armee von 160 000 Mann aufzustellen, die militärisch auf das Beste geschult und gegliedert ist, muß mit Recht bezweifelt werden. Da das Reichsbanner stets betont hat, den Kampf um den deutschen Lebensraum und gegen die Verpflegung nicht mit Waffengewalt aufnehmen zu wollen, liegt nur der eine Schluß nahe, daß es sich um eine Vorbereitung auf den

Bürgerkrieg handelt. Sei es in der Abwehr oder auch, wie die Gegner des Reichsbanners behaupten, im Angriff.

Wir stellen fest, daß nicht der Staat oder die Staatsform bedroht ist, geben aber zu, daß ein heißer Kampf gegen die sozialdemokratischen Machteponenten entbrannt. SPD und Staat sind aber noch nicht eins. Liegt es nun bei den Tendenzen des Reichsbanners nicht nahe, daß diese „Schuß“ in erster Linie dem Interesse der SPD und der Erhaltung der Macht dient? Welche Aufgabe sich das Reichsbanner auch zuschreiben mag, die Öffentlichkeit hätte weniger Interesse an ihm, wenn nicht die Gerüchte nicht verstümmen wollten, die da behaupten, das Reichsbanner stünde in enger Arbeitsgemeinschaft zum mindesten mit der preußischen Polizei, die auch die „Schuß“ ausgebildet habe. Diese Gerüchte wollen auch wissen, daß Karabiner, Maschinenpistolen und andere Waffen gegebenenfalls zur Verfügung des Reichsbanners gehalten werden.

Seit dem 14. September ist das Reichsbanner recht aktiv geworden. Dem Versammlungsbesucher, der regelmäßig größere Versammlungen besucht, fällt die planmäßige Organisation der Störungsversuche durch das Reichsbanner in den letzten Wochen auf. Und nun müssen wir folgendes gegenüberstellen: Während früher der geringfügigste Anlaß dazu diente, die gesamte demokratische und Linke-Presse über das Rowdytum der Rechten zu setzen, während solche Anlässe verhältnismäßig durch Verbote rechtsgerichteter Demonstrationen ausgewertet wurden und es nicht selten vorkam, daß linksgerichteten Führer und Machteponenten mit Empörung auf das Rowdytum von rechts hinwiesen, sucht man heute vergeblich nach Stimmen aus jenen Kreisen, die auch einmal das Reichsbanner verwarnten.

Die Offensive der KPD unter der Parole „Tod den Faschisten“, verstärkt um die Offensive des Reichsbanners mit der Parole „Nazi verreck“, setzt die Staatsgewalt weit weniger Autorität entgegen als den Parolen der rechtsstehenden Parteien und Organisationen. Bedauerlich bleibt, daß selbst hohe Würdenträger der Republik sich in den Dienst des Reichsbanners stellen, wie etwa der Reichstagspräsident Loh, der das Reichsbanner auffordert, „die Feinde der Republik niederzuschlagen“, wenn auch mit der Bedingung „für den Fall, daß der Gegner ein anderes Schlachtfeld als das des Geistes wolle“. Was als ein anderes Schlachtfeld anzusehen sei, wird nicht näher umrissen. Es sollte Aufgabe solcher Würdenträger sein, der Befriedung zu dienen und in diesem Sinne hätte jede Stellungnahme zu Gunsten einer Privatorganisation zu unterbleiben. Ich habe die Reden prominenter aufmerksam verfolgt, kann aber weder aus der Vorkriegszeit noch aus den Nachkriegszeiten feststellen, daß ein Minister oder Reichstagspräsident oder Reichspräsident die Rechten während seiner Amtszeit jemals eine Privatorganisation aufgefördert hätte, den Gegner niederzuschlagen, falls er ein anderes Schlachtfeld als das des Geistes wolle. Bekannt ist mir nur, daß die deutschnationalen Minister während ihrer Amtszeit es auf das peinlichste vermieden haben, sich an den Jahrestagungen des Stahlhelms zu beteiligen oder das Wort zu ergreifen, geschweige denn in dieser Art zu reden.

Der „Kolumbus des Weltalls“.

(Am 13. März 1781 entdeckte Wihl. Herschel den Uranus.)

Bis zum Jahre 1781 hatte für die astronomische Welt unser Sonnensystem außer der Erde nur die seit dem Altertum bekannten Planeten Merkur, Venus, Mars, Jupiter und Saturn. Da entdeckte am 13. März 1781 der frühere Militärmusiker der hannoverschen Armee und nunmehrige königlich britische Hofastronom Wilhelm Herschel einen neuen Planeten, den die Wissenschaft Uranus taufte. Herschel hat mit dieser Entdeckung seinen ehrenden Beinamen eines „Kolumbus des Weltalls“ verdient.

Herschel hielt anfänglich seinen neuen Stern für einen Kometen. Aber der Franzose Laplace prüfte die Entdeckung seines Kollegen nach und stellte einwandfrei fest, daß der neue, im Sternbild der Zwillinge gefundene Stern ein Planet sei. Im Grunde handelte es sich gar nicht um eine Neuentdeckung, denn viele Sternkataloge enthielten den Stern, bezeichneten ihn aber fälschlich als Fixstern. Lediglich einige Südstämme sollen ihn als Planet erkannt haben! Herschels und Laplaces Verdienst besteht also darin, zuerst die wahre Natur des Uranus erkannt zu haben.

Was aber bedeutete Herschels Entdeckung? Tatsächlich hatte er für die Astronomie eine neue Welt erschlossen. Denn durch die Beobachtungen dieses Kolumbus wurden die Grenzen des bekannten Sonnensystems um 1430 Millionen Kilometer auf 2850 Millionen Kilometer weiter in den Weltraum hinausgerückt! Gewaltig hatte sich der Nachbereich der Sonne erweitert. Riesengroß war der Raumumfang, den der neue Stern im Gegensatz zum Saturn durchlief. Braucht dieser bisher sonnenfernste Planet 29,5 Jahre zu einem Umlauf um die Sonne, so hat der Uranus gar 84 Jahre und 7 Tage nötig. Mindestens vier, wenn nicht sogar sechs Monde geleiten ihn auf seinem Wege. Die astronomische Beobachtung wurde nach Herschels Entdeckung weit sorgfältiger, waren doch jetzt unermeßliche Jagdgründe erschlossen worden! Und siehe da, man fand sogar im Bereich der alten Planeten noch unbekannte Sterne! 1801 entdeckte Piazzi in Palermo zwischen Mars und Jupiter einen kleinen Planeten. Bald waren ihrer Hunderte gefunden, die sogenannten Planetoiden, von denen eine ganze Reihe kaum 1 Kilometer Durchmesser hat. Sie haben alle zusammen nur ein Reumtel der Erdmasse. Bald aber rückte man die Grenzen des Sonnensystems sogar noch über den Uranus hinaus.

den. Bekannt ist dagegen, daß keine größere Reichsbannerversammlung stattfindet, ohne daß Machteponenten der Republik sozialistischer Tendenz das Wort ergreifen und einen Teil des deutschen Volkes in seinen Gefühlen bewußt verletzen. Diese unterschiedliche Haltung trägt nicht zur Befriedung bei und es sollte mutige Parlamentarier geben, die auch einmal einen Minister oder Reichstagspräsidenten in aller Form auf die Notwendigkeit aufmerksam machen, sich mehr Zurückhaltung aufzuerlegen.

Der Reichsinnenminister, der bisher die Klagen über die Bewaffnung des Reichsbanners mit Polizeigummiknüppeln, Stab- und Stuchwaffen ungeachtet gelassen hat, beeilte sich, in einer Rundfunkrede kurz nach dem Auszug der Nationalsozialisten aus dem Parlament Stimmung zu machen. Er versetzte sich sogar zu der Behauptung: Man bleibt nicht legal, wenn man glaubt, ins deutsche Volk eine neue Welle der Unruhe tragen zu müssen. Dem Reichsinnenminister dürfte auf das angelegentlichste das Studium der republikanischen Presse und das der Reichsbannerbefehle empfohlen werden, denn auch von dieser Seite aus „wird eine Welle der Unruhe in das deutsche Volk getragen“.

Daß speziell in Preußen alles versucht wird, um die Opposition zu knebeln, geht aus einem Bericht hervor, den der Stadtverordnete Böh in einer öffentlichen Versammlung in Bochum erstattete: Böh teilte in aller Öffentlichkeit mit, daß er seit acht Monaten von der preußischen Polizei Spitzelgelder erhalte, die bis jetzt die Höhe von 2000,— RM erreicht hätten. Man habe ihm auch nahegelegt, Zusammenstöße der NSDAP mit der Polizei zu provozieren, um Anlaß für Verbote zu liefern. (Samburger Neueste Nachrichten von 24. 3. 31.) Erinnert man sich der Rolle der Frau von Dergen im Altonaer Bombenprozeß und ihrer Beziehungen zu Kommisar Mühlfriedel von Berlin, so bleibt allerdings nur der Schluß übrig, daß sich die preußische Polizei der Spitzel bedient, um politische Gegner niederzuhalten.

Ich persönlich bin der Ansicht, daß eine Organisation, die in engster Fühlung mit einer Partei steht, die heute wieder den Kampf um die sozialistische Republik predigt und offensichtlich die demokratische Republik nur als Aufmarschgebiet betrachtet, weder von der Polizei noch den Verwaltungsorganen, noch von Machteponenten protegiert werden darf. Es steht der SPD und dem Reichsbanner frei, um die Verwirklichung ihrer Ziele auf legalen Wege zu kämpfen. Das gleiche Recht muß man aber in einem demokratisch regierten Staate auch denen zubilligen, die eine nationalsozialistische Republik erstreben. Nimmt der Staat neben den Machteponenten Partei, so verwirren sie das Recht auf Achtung und fordern den weniger begünstigten Teil heraus. In diesem Falle wird der Kampf zum Machtkampf, in dem sich der nichtbegünstigte Teil im Nachteil befindet. Vom Standpunkt eines höheren sittlichen Rechtes aus ist jede zwiespältige Haltung des Staates und seiner Machteponenten verwerflich und ungerecht. Nach dem Grundsatz von Ursache und Wirkung werden infolgedessen vom nichtbegünstigten Teil Kampfmittel und Methoden angewendet, über die sich diejenigen am wenigsten beklagen dürfen, die

Aus Abweichungen in der regelmäßigen Umlaufbahn des Uranus schon früh auf einen noch unbekannten Stern jenseits des Uranus als Ursache. Seinen Standort berechnete der Franzose Leverrier 1846. Auf Grund seiner Angaben fand dann der Berliner Astronom Galle den neuen Stern im Sternbild des Steinbocks am 23. September 1846; der zweite der neuen Planeten war gefunden, der Neptun! Wieder waren die Bereiche des Sonnensystems weit hinausgerückt worden, 1500 Millionen Kilometer über den Uranus hinaus. 164 Jahre und 280 Tage braucht der Neptun zu seinem Kreis um die Sonne; auch er schon längst bekannt, aber nicht als Planet erkannt. Bahnstörungen des Uranus ließen schon früh noch einen weiteren Planeten jenseits der bisher erreichten Grenzen vermuten. Der Franzose Flammarion hat ihn schon 1879 am Scherbstisch „entdeckt“, d. h. seinen ungefähren Abstand vom Neptun angegeben, worfür er auch Abweichungen in den Bahnen bekannter Kometen heranzog. Viele Forscher haben sich um den „transneptunischen“ Stern bemüht, alle gaben seine Entfernung von der Sonne auf 6000 bis 7000 Millionen Kilometer an; seine Umlaufzeit wurde auf ca. 300 Jahre berechnet; Pluto sollte der Unbekannte heißen. Sehr wahrscheinlich haben ihn anfangs 1930 die Amerikaner auf dem Flagstaff-Observatorium in Arizona entdeckt. Ihre Ergebnisse und Berechnungen werden aber von der Wissenschaft noch eingehend nachgeprüft. Ob dieser Pluto der letzte Planet ist? Wer weiß es! Das Weltall ist unendlich groß und voller Geheimnisse, ist doch vom Neptun kaum die halbe Umlaufzeit beobachtet. Ja, selbst innerhalb der Umlaufbahnen der alten Planeten sollen noch unbekannte Sterne kreifen, „die des Sehers Rühr kennt“.

Bodelschwingh-Geburtsstagsfeier im Rundfunk.

Das war eine rechte häusliche Feierstunde gestern abend, als wir im Rundfunk teilnehmen durften an der erhebenden Geburtsstagsfeier von Vater Bodelschwingh in Bielefeld. Diesmal fühlten wir so recht, welch ein Schatz uns unser Radio ist, das wir erst seit wenigen Wochen besitzen und dessen Vorhandensein in unserer Wohnung mein Mann immer gefürchtet hat; aber gestern abend sah er mit unserm Jungen und mir auf dem Sofa und lauschte ergriffen mit uns auf die Klänge, die aus der großen Bethelgemeinde zu uns ins stille Stübchen kamen. Tief gerührt hat uns der Chor der Kranken, der

den politischen Gegner mit den Machtmitteln eines Staates zu knebeln versuchen, indem Parteilassung der Staatsauffassung gleichgestellt wird.

G. B. H.

Einseitige Abrüstung sinnlos.

Scharfe Stellungnahme Pariser Linksblätter gegen die militärische Reaktion in Frankreich.

Die erneute Zurückweisung der Schuldfrage und die abermalige Annullierung unseres Anspruchs auf den gleichen Grad von Sicherheit, wie ihn die anderen Staaten beanspruchen, beschäftigt die französische Presse nach wie vor. Nach dem „Temps“ hat Minister Croener versucht, „die These vom französischen Militarismus und Imperialismus wieder vorzubringen“, und nach der „Liberte“ soll Deutschlands Verfolgung „zur Rechtfertigung des Reichswehretats“ dienen.

Ein weiteres Eingehen auf diese Betrachtungen, die auch nicht einen fördernden Beitrag zur Lösung der Disparität in der Sicherheitsfrage bieten, erübrigt sich. Wieder sehen wir, daß Frankreich noch sehr viel zu lernen muß, um überhaupt die Widersprüche zu erkennen, die einen deutsch-französischen Ausgleich und damit die Beruhigung Europas verhindern.

Von den linksstehenden Zeitungen bekundeten bisher nur „Le Soir“ und „Volonté“ Mut genug, um die Dinge beim richtigen Namen zu nennen.

So erinnert „Le Soir“ an frühere Schreiben des Kriegsministers Maginot und folgert daraus, daß Maginot auch diesmal nur die Geschäfte des französischen Generalstabes besorgt hat. Jetzt habe ihm der deutsche Wehrminister Groener rasch eine Antwort erteilt. Was ist daran verwunderlich?

Die französische Reaktion wolle nicht den Frieden, ihre Politik führe Frankreich den schlimmsten Eventualitäten entgegen. Wenn die militärische Reaktion weiter in Frankreich an der Regierung bleibe, werde keine Abrüstung erfolgen, sondern im Gegenteil ein furchtbares gegenseitiges Betrüben zwischen beiden Ländern einsetzen. Der Generalstab schlage den Weg zum Kriege ein, es sei an der Zeit, daß das Land eingreife.

Die „Volonté“ legt dar, daß Frankreich keinen Anlaß hat, sich beunruhigt zu zeigen.

Es steht fest — so fährt die Zeitung fort —, daß Frankreich, wie auch die Leute lauten mögen, nicht daran denken kann, ewig eine allzu offensündige Ungleichheit aufrechtzuerhalten. Jedes Jahr, das man verstreut, bestant die Abrüstung Deutschlands, denn die Jahreskosten des Krieges schrumpfen immer mehr zusammen, ohne daß Deutschland seiner Jugend trotz des Besehens privater militärischer Organisationen eine militärische Ausbildung geben kann, die denjenigen Frankreichs gleichkommt, das jedes Jahr Soldaten einzieht und ausbildet.

Jedes Jahr, das verstreicht, stellt eine Ausnahmestadt gegen Deutschland dar. Die Abrüstung darf nicht länger einseitig bleiben. Frankreich muß wählen, ob es die Gleichheit des Minimums oder die des Maximums der Rüstungen will. Maximalgleichheit bedeutet kein eines jeden Landes; Minimum bedeutet Verringerung der Militärausgaben durch bundesstaatliche Organisation Europas.

„Bavarn gegen Gefrierfleischimport.“ Im Plenum des Bayerischen Landtages wurde nach längerer Debatte ein Antrag auf Einfuhrverbote gegen die Gefrierfleischimporten angenommen. Innenminister Dr. Stügel hatte die schon im Ausschuß abgegebene Erklärung wiederholt, daß die bayerische Regierung im Reichsrat gegen die Gefrierfleischimporten Stellung nehmen werde.

an wunderbarer Klangfülle und Reinheit sich mit den besten Chören messen kann. Auch unsere liebe Räte, unsere Haushalte, sah bei uns, die etwas schwach auf den Füßen und ein wenig zur Trübsal geneigt ist; wie hat es uns gestärkt und erfreut, als diese Schar leidender Menschenkinder ein so herrliches Konzert zum Lobe Gottes zustande brachten! Am allermeisten aber freuten wir uns, einmal den Sohn des großen Vater Bodelschwingh sprechen hören zu dürfen. Unser Radio benahm sich zwar gerade bei der Rede von Herrn Pastor v. B. etwas eigenförmig und fing an mit „Schwinden“ oder „Fading“ — aber dennoch hörten wir etwas und konnten fühlen, wie tief es den Sohn bewegte, in dieser Stunde über seinen geliebten Vater zu sprechen — nicht nur zu seiner Bethelgemeinde — sondern zur ganzen Welt durch den Rundfunk. Seine Stimme hatte etwas — fast übermenschliches — so wie ein Mann redet, den, wenn er nicht eine übermenschliche Anstrengung macht, die Rührung übermannen! Gewaltig zu Herzen ist es uns gegangen; wir fühlten, wie groß und schön, aber auch wie schwer das Erbe Vater Bodelschwinghs für den Sohn und Nachfolger ist.

„Hast du seine Stimme wieder erkannt?“ frug mich mein Junge. „O, nein“, sagte ich, „das ist unmöglich, das ist zu lange her.“ Ich hatte ihm nämlich erzählt, daß ich einmal — vor 20 Jahren — auf einer Reise von Nord nach Süddeutschland in der Bahn einem Herrn gegenüber gesessen habe, von dessen Koffer ein Schildchen mit dem Namen „v. Bodelschwingh“ herabhing, und der mir, als ich ausstieg, in sehr gütiger Weise mein Reisegepäck zur Plattform auf dem Bahnsteig hinuntertrug. Seine große, gütige Hilfsbereitschaft ist mir bis heute in dankbarer Erinnerung geblieben. Die Stimme erkannte ich nicht wieder, natürlich, um so mehr freute ich mich, Herrn Pastor v. B. im Rundfunk sprechen zu hören. — Wir haben aus Bethel dieser Tage mit anderen Trübsachen auch das schöne Bild von Vater Bodelschwingh erhalten, wir sagen hierfür unsern herzlichsten Dank; ich habe es in einem Rahmen in der Stube aufgehängt. Das gute väterliche Gesicht blüht uns so freundlich an und — weist uns den Weg! —

Anna Mayer.

Berichtigung.

Unter „Grabsteine auf den Gräbern der Völker“ hieß es gestern in der Ueberschrift „Bleibt Italien dem Reparationsgedanken treu?“ Das war selbstverständlich ein Versehen und mußte richtig heißen: „Bleibt Italien dem Reparationsgedanken treu?“ —

Stimmhaltung — Gro

Der Hanbete nunmehr darin enthalten freuzer wurde niken bewilligt der Stimmabg sitionen des rungsvorlage der Ausfüh

In der nanz- und Bo Vor der hatte Abgeord

Erklärung

verlesen, in zialdemokratie zerhöft A ab

Wenn n gerlichen Par die Erklärung samtlage hing sozialdemokrat alle an der gierungsstufen tereffierten A politische Sch

Sie hat überhaup der gierung vorge zielle Belastu

Die Industrie

Die Industrie

Die Industrie

Die Industrie

Die Industrie

Die Industrie

Die Industrie

Die Industrie

Die Industrie

Die Industrie

Die Industrie

Die Industrie

Die Industrie

Die Industrie

Die Industrie

Die Industrie

Die Industrie

Die Industrie

Die Industrie

Die Industrie

Die Industrie

Die Industrie

Die Industrie

Die Industrie

Die Industrie

Die Industrie

Die Industrie

Die Industrie

Die Industrie

Die Industrie

Die Industrie

Die Industrie

Die Industrie

Die Industrie

Die Industrie

Die Industrie

Die Industrie

Die Industrie

Die Industrie

Die Industrie

Die Industrie

Die Industrie

Die Industrie

Die Industrie

Die Industrie

Die Industrie

Die Industrie

Die Industrie

Die Industrie

Die Industrie

Die Industrie

Die Industrie

Die Industrie

Die Industrie

Die Industrie

Die Industrie

Die Industrie

Die Industrie

Die Industrie

Die Industrie

Die Industrie

Die Industrie

Die Industrie

Die Industrie

Die Industrie

Die Industrie

Die Industrie

Die Industrie

Panzerkreuzer B bewilligt

unter Duldung der S. P. D.

Stimmhaltung der Sozialdemokraten im Ausschuss
— Groener über den Schutz Ostpreußens.

— Berlin, 12. März.

Der Haushaltsausschuss des Reichstags verabschiedete nunmehr auch den Marinetat für 1931/32. Die darin enthaltene erste Bauart für den zweiten Panzerkreuzer wurde mit allen Stimmen gegen die Kommunisten bewilligt. Die Sozialdemokraten enthielten sich der Stimmabgabe. Nachdem dann auch die übrigen Positionen des Marinetats unverändert nach der Regierungsvorlage genehmigt worden waren, vertagte sich der Ausschuss.

In der nächsten Sitzung werden die Reste des Finanz- und Postetats behandelt werden.

Vor der Abstimmung über den Panzerkreuzer hatte Abgeordneter Hünlich eine

Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion

verlesen, in der daran erinnert wurde, daß die Sozialdemokratie bisher sämtliche Bauarten für das Panzerschiff A abgelehnt hat.

„Wenn nun von Seiten der Regierung und der bürgerlichen Parteien in diesem Zusammenhang — so fährt die Erklärung dann fort — auf die innerpolitische Gesamtlage hingewiesen wird, so verschleiert sich auch die sozialdemokratische Fraktion nicht der Erkenntnis, daß alle an der Aufrechterhaltung des demokratischen Regierungssystems und der Abwehr des Faschismus interessierten Kreise aus der gegenwärtigen Lage gewisse politische Schlussfolgerungen zu ziehen haben.“

Sie hat aber das Recht, zu verlangen, daß, wenn überhaupt der Flottenbau nach dem Programm der Regierung vorgenommen wird, zum mindesten die finanzielle Belastung, die durch das Flottenbauprogramm

erwächst, durch eine entsprechende Entlastung der arbeitenden Bevölkerung ausgeglichen wird.

Zu diesem Zweck wird sie bestimmte steuerpolitische Entwürfe einbringen, und sie erwartet gleichzeitig ein Entgegenkommen in ihren Forderungen auf sozialpolitischen Gebiet.

Erst wenn diese Fragen geklärt sind, kann eine endgültige Stellungnahme der sozialdemokratischen Fraktion zu den angeforderten Schiffsbauraten erfolgen. Wir werden uns deshalb bei der Abstimmung über die angeforderten ersten Raten für den Bau des Panzerschiffes B im Ausschuss der Stimme enthalten.“

Ostpreußen das strategische Kernstück.

Im Verlaufe der Debatte hatte auch Reichswehrminister Groener nochmals das Wort genommen und sich über den Schutz Ostpreußens geäußert. Bei der Landesverteidigung Deutschlands, so betonte der Minister, spiele Ostpreußen eine besondere strategische Rolle. Durch die unglückliche Grenzziehung von 1919 habe sich diese strategische Bedeutung noch erhöht. Die Verteidigung Ostpreußens sei geradezu das strategische Kernstück der deutschen Landesverteidigung.

Der Minister erklärte, er werde bei seinen pflichtmäßigen Vorbereitungen für die Landesverteidigung alles tun zu Lande und zu Wasser, um den Schutz Ostpreußens mit den äußersten Mitteln zu gewährleisten. Nachdem er sich aus militärischen und politischen Gründen heraus zum Wiederaufbau unserer Seestreitkräfte in dem durch Versailles gelassenen Rahmen entschlossen habe, werde und solle er mit dieser einmal in Angriff genommenen Flottenpolitik. Ein Zurück gebe es für ihn nicht.

Der Chef der Marineleitung, Admiral Maeder, hatte auf eine Reihe von Anfragen Auskunft gegeben.

Russische Millionenaufträge?

Die Industriellen-Delegation beim Kanzler. — Die Frage der Ausfallbürgschaft.

— Berlin, 12. März.

Reichskanzler Dr. Brüning empfing die aus Ausland zurückgekehrten deutschen Industriellen, die ihm in mehrstündigem Vortrag über ihre Verhandlungen in England und die dort gewonnenen Einblicke berichteten. Die Industriellen werden der Reichsregierung in Ergänzung ihres Vortrags einen schriftlichen Bericht unterbreiten, nach dessen Prüfung das Kabinett alsdann seine eigene Stellung nehmen wird.

Aus der Einladung der deutschen Industriellen durch die Sowjetregierung und den geradezu glänzenden Empfang, den man den deutschen Wirtschaftsführern in dem kommunistischen Russland bereitet hat, schließt man in politischen und wirtschaftlichen Kreisen auf eine hohe Bewertung der deutschen Wirtschaftsmittel durch die Sowjetbehörden. Wie man hört, haben die Russen mit den Industriellen ein Beschaffungsprogramm ausgearbeitet, das zusätzliche Bestellungen Russlands im Werte von 300 Millionen Mark vorsieht. In erster Linie soll es sich bei diesen deutschen Lieferungen um Produktionsmittel, namentlich um Elektrizitätsanlagen, sowie Maschinen für Bergwerke und Fabriken und endlich um Eisenbahnmateriale handeln. Daneben sind weitere Verträge über die sogenannte „Technische Hilfe“, d. h. die Mitarbeit deutscher Ingenieure und Qualitätsarbeiter, sowie die Bereitstellung deutscher Erfahrungen und Patente für die Entwicklung der russischen Industrie vorgesehen.

Von der Durchführung der Bestellungen erhofft man eine Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft und die Neueinstellung von Arbeitern. Optimisten halten die Wiedereinstellung von etwa 150 000 Arbeitern für möglich. Vorerst muß aber noch über die Frage der Finanzierung der russischen Aufträge eine Klärung herbeigeführt werden. In den Kreisen der deutschen Industrie scheint man eine Ausfallbürgschaft des Reiches für erforderlich zu halten.

„Deutsche“ Wirtschaft.

Duisburger Schiffahrtsgesellschaft überträgt ihre Fahrzeuge einem holländischen Unternehmen.

— Duisburg, 11. März. Die Kohलगroßhandlung und Schiffahrtsgesellschaft Hansen, Neuenburg und Co. in Duisburg-Ruhrort hat ihren Angestellten folgende Mitteilungen zugehen lassen:

„Die Fahrzeuge der Firma Hansen, Neuenburg u. Co. werden ab 1. April 1931 durch ein Abkommen der Reamloosen Bennoothschap „Industrie“ in Amsterdam zur Beschäftigung übertragen, welcher Gesellschaft u. a. auch die Regelung der Arbeitsbedingungen obliegen wird. Ab 1. April 1931 übt die Firma Hansen, Neuenburg u. Co., Duisburg-Ruhrort bis auf weiteres nur eine Verwaltungstätigkeit aus, die ihr von der A. B. „Industrie“ in Amsterdam für die Dauer des Abkommens übertragen wird.“

Die unterzeichneten Arbeitnehmer haben hiervon Kenntnis genommen und erklären sich durch Unterschrift freiwillig damit einverstanden, ab 1. April 1931 für Rechnung der A. B. „Industrie“ in Amsterdam zu den Löhnen und Bedingungen des holländischen Lohn- und Arbeitstafels vom 1. Januar 1929 weiter zu arbeiten und die sich daraus ergebende geänderte Regelung der sozialen Beiträge anzunehmen. Das Arbeitsverhältnis bei der Firma Hansen, Neuenburg u. Co., Duisburg-Ruhrort, gilt mit dem 31. März 1931 als beendet.“

— In Indien sind neue Konfliktegefahren aufgeblüht. Nach einer Erklärung Regus will der Kongress völlige Unabhängigkeit und die Kontrolle über das Heereswesen fordern.

Flottenpakt veröffentlicht.

Die Paritätsfrage bleibt offen. — Tonnagekonzeptionen. — Frankreichs U-Boot-Flotte überaus groß.

— London, 12. März.

Das französisch-italienische Zusatzabkommen zum Londoner Flottenvertrag ist nunmehr im Wortlaut veröffentlicht worden. Nach dem Vertragstext dürfen Frankreich und Italien bis zum 31. Dezember 1936 je zwei Schlachtschiffe mit Höchst-Tonnage von 10 000 auf 18 100 Tonnage, 23 333 Tonnage nicht überschreiten dürfen. Sobald einer dieser Neubauten fertiggestellt ist, wird Frankreich ein Schiff der Diderot-Klasse aus dem Flottenbestand streichen, Italien überaktierte Kreuzer von insgesamt 33 640 Tonnage.

Ohne einer allgemeinen Revision der im Washingtoner Flottenvertrag vorgesehenen Höchsttonnagekonzeption vorzugreifen, wird die in diesem Vertrag für die Flotten Frankreichs und Italiens vorgesehene Höchsttonnage des Bestands von Schlachtschiffen von 175 000 auf 181 000 Tonnage erhöht. Frankreich und Italien können außerdem in der Zeit bis zum 31. Dezember 1936 je 34 000 Tonnage für Flugzeugmutterschiffe in Dienst stellen.

Nach dem 31. Dezember 1931 dürfen keinerlei neue Unterseeboote gebaut werden, außer zur Fertigstellung des Bauprogramms von 1930 und zum Ersatz der wegen Ueberalterung ausfallenden Tonnage.

Die französische Unterseeboottonnage darf am 31. Dezember 1936 nicht den Betrag von insgesamt 81 989 Tonnage überschreiten. Dabei ist eine allgemeine Revision der betreffenden Bestimmungen auf der Abrüstungskonferenz vom Jahre 1932 ausdrücklich vorbehalten. Das Britische Reich hat erklären lassen, daß die Frankreich zugeordnete Ziffer im Verhältnis zu der England auf Grund des Londoner Vertrags zugeordnete Tonnage an Torpedobootzerstörer von 150 000 Tonnage zu groß ist. Sollte auf der neuen Konferenz eine befriedigende Proportion zwischen dem Bestand an französischen Unterseeboottonnage und dem Bestand an englischer Zerstörer-Tonnage nicht hergestellt werden, so behält sich Großbritannien das Recht vor, seinen Bestand an Torpedobootzerstörern zu erhöhen.

Nach Durchführung des Bauprogramms von 1930 werden sowohl Frankreich wie Italien keine Kreuzer mehr in Dienst stellen, die mit größeren Kalibern als 155 Millimeter besetzt sind. Die Gesamttonnage des Displacementes der Neubauten an Kreuzern mit 15,5-Zentimeter-Geschützen und an Zerstörern darf den Betrag an Tonnage nicht überschreiten, dessen Ersetzung in der Zeit bis zum 31. Dezember 1936 zulässig ist.

Im Schlußabsatz der Vereinbarung wird erklärt, sobald diese Abmachung unterzeichnet worden ist, werden von Großbritannien, Frankreich, Italien aber auch von sämtlichen Signatarstaaten des Londoner Vertrages gleichzeitig eine Vereinbarung unterzeichnet werden, in der festgestellt wird, daß

die augenblicklichen Abmachungen nicht dazu bestimmt sind, für irgendeine Schiffsklasse ein künstliches Kräfteverhältnis zwischen den Flotten Großbritanniens, Frankreichs und Italiens festzulegen.

In einer die Veröffentlichung begleitenden Denkschrift Hendersons und des Marine Lords Alexander wird u. a. noch ausgeführt, es sei ausdrücklich vorgesehen, daß die Bedingungen dieser Vereinbarung von sämtlichen Signataren des Londoner Vertrages gebilligt werden müssen. Weiterhin erklärt die Denkschrift es gerechtfertigt, daß das Tonnagekontingent, das den beiden Mächten Frankreich und Italien ursprünglich für Schlachtschiffbauten zugewiesen war, um 6000 Tonnage erhöht wird. Eine Ausnahme der Bauartigkeit sei daraus nicht zu befürchten. Die italienische und die französische Regierung hätten sich bereit erklärt, auf den ihnen projektierten Schlachtschiffen das Kaliber der Geschütze von 13 auf 12 Zoll herabzusetzen. Die englische Regierung habe ihrerseits die schriftliche Zusicherung gegeben, daß sie für eine Kaliberhöchstgrenze von 12 Zoll und für eine Verringerung der derzeitigen Tonnagehöchstgrenze von 35 000 Tonnage eintreten werde.

Schließlich erkennen die französische und die italienische Regierung die Abmachungen des Teils 3 des Vertrags von London, soweit er auf Großbritannien, die Vereinigten Staaten und Japan Bezug hat, an

Das Reich und der Osten.

Von

Reichsminister Trebitsch.

Aus einer Rundfunkrede anlässlich des 700jährigen Jubiläums des Ordenslandes Preußen und der Stadt Thorn.

Die Sicherheit der Beurteilung der deutschen Ostfragen wäre in unserem Volke zweifellos größer, wenn wir über eine bessere Kenntnis der Geschichte des deutschen Volkstums östlich der Elbe verfügen würden. In den üblichen Geschichtsbüchern ist in den letzten hundert Jahren die Entwicklungsgeschichte des deutschen Volkstums zu kurz gekommen gegenüber der Staatengeschichte. Wenn auch in weiten Gebieten in Jahrtausenden eine Verschmelzung zwischen slawischen und deutschen Volksgruppen stattgefunden hat, so ist im weiten Osten noch heute der Siegeszug deutscher Kultur festzustellen, der bis nach Kurland wie längs der Donau und dem weiten polnischen Mittelraum alle Zeit Träger höherer Lebensart gewesen ist.

Oberflächliche Betrachter bleiben haften an den sogenannten Teilungen Polens. Die Besitzergreifung durch den Preußenkönig geschah aus der berechtigten Abwehr russischen Machtwillens, dem die polnische Nation durch Bruderstreit völlig erlegen war. Die vor hundertfünfzig Jahren neu gewonnenen Ostprovinzen sind heute in ihrer wirtschaftlichen Struktur gegenüber dem polnischen Kernlande der beste Beweis für die friedliche Arbeit des preussischen Staates. Der Wertsinn der Grenzziehung ist vor aller Welt offenbar! An neunhundert Verkehrswege, darunter achtundsechzig Bahnen, 144 Landstraßen, sind zerhackt. Dem neuen polnischen Staate ist das Ziel gesetzt, das deutsche Volkstum zu bekämpfen, obgleich jahrhundertlang die Völker miteinander in Frieden gelebt haben. Wie falsch ist die Auffassung, als ob beispielsweise der Regau erst unter dem Großen König von Deutschen besiedelt sei. Holländereien und Schulzendorfer zeigen die Bedeutung der Einwanderung auch zur Zeit der polnischen Herrschaft.

Die Verkümmern des östlichen Lungenflügels gibt heute dem gesamten deutschen Volke Anlaß, sich mit den Problemen des Ostens als mit einer Lebensfrage der gesamten Nation zu beschäftigen. Wir haben uns zu überlegen, wie der jetzige Raum auf Grund der natürlichen Gesetze mit der ganzen Kraft unseres Volkes neu gestaltet werden kann. Aus der Lösung dieser Aufgabe heraus wird die weitere Entwicklung des Ostens so stark in den Vordergrund der deutschen Politik im weitesten Sinne stellen, daß der Blick der Nation nicht nur in diesem Jahre dem Osten zugewandt bleibt. Wenn wir die deutsche Landwirtschaft als große Einheit betrachten, dann zwingt uns die Überlegung zu einer planmäßigeren Gestaltung des Anbaues und der Arbeitsteilung zwischen Ost und West. Kartoffeln, Roggen und Butter werden, im großen genommen, dem Osten eine Rente geben müssen, damit die Landflucht in das Gegenteil verkehrt und neue gewerbliche Arbeit in den Ostmarken lohnend wird.

Bei dieser Arbeit können die Nachbarn Helfer sein, wenn der ehrliebe Wille vorherrscht. Der Mangel an Weizen und der Ueberschuß an Roggen muß ausgeglichen werden. Man kann zwar nicht den gesamten Osten auf einen Renner bringen, weil Schiefen eine gewisse Mittelstellung einnimmt, aber allein mit den klimatischen Unterschieden, mit der geringeren Vegetationszeit in dem steppennahen Osten geht im ganzen die Rechnung auf. Das übrige Reich hat sich aus Bequemlichkeit darauf eingestellt, ohne den Osten zu wirtschaften und seinen Mehrbedarf lieber auf dem Weltmarkt zu kaufen. Dieser Zwischenzustand ist unhaltbar, wie ausgezeichnete Wissenschaftler nachgewiesen haben. Der jetzt unverwertbare Rest der Kartoffelernte beträgt im Osten rund 40 Millionen Zentner. Es ist ein alter Trugschluß, daß der Osten das Reich mit Kartoffeln versorgen soll. Bis auf frisches Saatgut gehen nur rund 14 Millionen Zentner aus dem Osten in das weitere Reich. Die fabrikmäßige Verarbeitung fließt durchaus in den Rinderhöfen. Nur in dem einen war das Reich auf den Osten stärker angewiesen: in der Rinderzucht. Aber hier steht unter der Last der letzten Jahre der stärkste Rückgang ein.

In den letzten drei Generationen hat der Osten die Bevölkerung einer ganzen Provinz nach Berlin und dem Westen abgegeben!

Wenn in diesen Tagen die Reichsregierung zu einem neuen, größeren Hilfswerk für den Osten aufruft, so fordert sie Opfer vom übrigen Reich in der unabweisbaren Erkenntnis, daß der offene Raum des schmalen östlichen Halbkreises, der die innere Ausdehnungsfähigkeit mit den schmalen, langen Zipfeln nach Südosten und Nordosten verloren hat, nichts anderes als die Verpflichtung des gesamten Volkes ist, seine eigene Zukunft auch im Westen und Süden zu sichern.

Das deutsch-polnische

Liquidationsabkommen

vom polnischen Sejm angenommen.

— Warschau, 12. März. Der polnische Sejm hat am Mittwoch nach mehr als sechsstündiger Aussprache, an der sich vierzehn Redner beteiligten, den Antrag der Regierung auf Ratifizierung des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens mit 188 gegen 90 Stimmen bei zwei ungünstigen Stimmen angenommen. Für den Vertrag stimmten der Regierungsbund, die Sozialisten und die Minderheiten. Gegen den Vertrag die Nationaldemokraten, Christlichen Demokraten und die Bauernpartei.

Daß Polen dieses unbegreiflichste Abkommen, das sich die deutsche Nachkriegsdiplomatie geleistet hat, mit tausend Freuden annehmen würde, war voraussehen.

Minister-Jubiläum Briand.

Am 14. März feiert Frankreichs Außenminister Briand sein 25-jähriges Ministerjubiläum. Wenn er im Verlaufe seiner politischen Tätigkeit einmal Ministerpräsident, zweimal Kultusminister, dreimal Justizminister und in 16 verschiedenen Regierungen Minister des Auswärtigen gewesen ist, hat er damit wohl einen Weltrekord aufgestellt.

Ueänderung der Arbeitslosenhilfe

Eine Forderung des Deutschen Landkreistages.

Der Deutsche Landkreistag hat an die zuständigen Stellen den Entwurf eines Gesetzes über eine Reichsarbeitslosenfürsorge eingereicht, der auch die Zustimmung des Reichstädtetages gefunden hat. Der Präsident des Landkreistages Dr. von Stempel führte u. a. aus:

Die Zahl der Wohlfahrtsarbeitslosen in den deutschen Landkreisen habe innerhalb der letzten fünf Monate eine Steigerung um 87 Prozent erfahren. Die Zahl der in der Wohlfahrtsarbeitslosenfürsorge unterstehenden Personen in den Landkreisen betrage augenblicklich über 880 000, für die etwa 20 Millionen Mark aufzubringen seien. 770 Landkreise ständen heute vor dem Zusammenbruch.

Die Landkreise ständen nun vor der Schwierigkeit, die durch die Höhe der Wohlfahrtsarbeitslosenlasten entstehenden Fehlbeträge ausgleichen zu müssen. Der Landkreistag habe einen Gesetzentwurf für die Fürsorge ausgearbeitet. Die Bedürfnisprüfung solle unter Wegfall der Lohnklassen rein individuell vor sich gehen. Gegenüber den Bestrebungen, die Arbeitslosenfürsorge zur Sache der Bezirksfürsorgeverbände zu machen, stehe der Landkreistag auf dem Standpunkt, daß das Primäre die Arbeitsvermittlung sei. Da diese bei den Arbeitsämtern liegt, müsse auch

die Zukünftigkeit der Fürsorge bei den Arbeitsämtern liegen. Besonders auch in diesem Punkt stehe der Reichstädtetag auf demselben Standpunkt. Straßenfürsorge und Wohlfahrtsarbeitslosenfürsorge sollen nach dem Gesetzentwurf in Zukunft nicht mehr getrennt werden. An den Kosten der Fürsorge sollen sich beteiligen das Reich, die Länder und die Fürsorgeverbände.

Konferenz der Innenminister.

Für Bekämpfung der Gottlosen-Propaganda.

— Berlin, 12. März.

Im Hauptausschuß des Preussischen Landtags erklärte Minister Seevering zur Frage der Agitation gegen die Kirche, auch die Freidenkerorganisationen hätten das Recht auf Meinungsfreiheit und Meinungsäußerung. Aber diese Freiheit hätte doch ihre Grenze, wo sie das Empfinden Andersdenkender beleidige.

Die groben Beschimpfungen kirchlich gesinnter Kreise, die Herabsetzung bestehender Einrichtungen würden von der Regierung stark verurteilt und könnten nicht weiter geduldet werden. Er selbst habe beim Reichsminister des Innern eine Konferenz der Innenminister der Länder angeregt, um diese Frage zu erörtern und hier einen Riegel vorzuschieben. Falls die bestehenden Bestimmungen und Gesetze dazu nicht ausreichten, müßten neue geschaffen werden, damit die grobe Verletzung der Gefühle weiter Volkskreise ein Ende habe.

Zum Schluß behandelte Minister Seevering noch das Volksbegehren auf Landtagsauflösung.

König Bogu von Albanien hat Wien, wo ein Mordanschlag auf ihn verübt worden ist, wieder verlassen und über Venedig die Heimreise angetreten. Bei seinem Abschied dankte König Bogu der Polizei für die Maßnahmen zu seinem Schutz.

Bethel.

Kirchenchor. Donnerstag, punkt 8 Uhr Probe im Jünglingsaal. Die Männerstimmen müssen unbedingt so stark sein wie in den letzten Wochen, sonst ist das Konzert gefährdet. Es darf also in diesen letzten Proben niemand fehlen.

— Christlicher Verein junger Männer.

Am Freitag fällt die Bibelstunde aus. Die gesamte Vereinsfamilie nimmt teil an dem Lichtbilderabend, den die Brüderschaft im Speisesaal von Groß-Bethel veranstaltet. „Deutsche Not — deutsche Auswanderung“ ist das Thema, über welches Direktor Pfarrer Tönjes, der 20 Jahre in Übersee tätig war, sprechen wird. Im Jahre 1930 sind 40 000 Deutsche ausgewandert und vielfach draußen in Not geraten, der Heimat und der Kirche fremd geworden. Wie der Not gesteuert wird, wie draußen Heimat und Kirche gebaut werden, welche Länder für deutsche Brüder in Frage kommen, das alles und mehr wird der Vortragende sagen und zeigen können. Wir erwarten die Mitglieder und ihre Angehörigen. Beginn 8½ Uhr. Freier Eintritt.

— Wegen der Passionsgottesdienste fallen die Blaukreuzstunden

bis Ostern aus.

Anzeigen aus Bethel.

v. Bodelschwinge-Plaketten (Einde und Eide) in künstlerischer Ausführung, ebenso jede andere Plakette nach Zeichnung und Portrait, werden preiswert angefertigt. Beste Empfehlungen.

Zu erfragen Buchhandlung der Anstalt Bethel, Bethel bei Bielefeld.

Schriftleitung: W. Kraa, Wirtschafts- und Welpolitik: Dr. F. Guttel, Anzeigen: R. Diekmann, alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld, Schleifach 28. Für Geldsendungen Postfachkonto: Hannover 67377. „Aufwärts“, christliches Tageblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3919, Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.

Osterflugblatt

Sonderausgabe unseres Sonntagsblattes „Für Herz und Haus“, ein vierseitiges Verteilblatt, geeignet zum Verteilen an Kirchtagen und auf Friedhöfen. Probenummern stehen auf Wunsch zur Verfügung.

Das Stück kostet 2 Pfennig
Von 100 Stück ab portofrei
Von 500 Stück ab 25 % Preisnachlaß
Von 1000 Stück ab 40 % Preisnachlaß
Von 5000 Stück ab 50 % Preisnachlaß

Bestellungen erbeten an den

Blätterverlag der Anstalt Bethel
Abteilung „Herz und Haus“. Postfach Hannover 7882.

Liebhaver-Photographen

decken ihren Bedarf in der

Photo-Handlung König, Bielefeld, Rathausstr. 3. Tel. 955

ROSEN!

Für 40 Pfennig

erhalten Sie eine kräftige, gesunde Pflanze mit Anwachsgarantie — keine 2. Qualität — von mir im rauhen Klima gezogen.

10 Edelrosen in 10 Sorten und allen Farben RM. 4.—
25 Edelrosen in 10 Sorten und allen Farben RM. 9.—
25 Edelrosen in 25 Sorten und allen Farben RM. 10.—
Sämtlich mit Namen und Farbenbezeichnung
Hochstammrosen la Qualität, 75—100 cm, 1 Stück RM. 1.75, 10 Stück RM. 17.—
100—150 cm, 1 Stück RM. 2.—, 10 Stück RM. 19.—
Trauerrosen 180—200 cm, 1 Stück RM. 4.—
Schlingrosen in versch. Sorten 1 Stck. —50 10 Stck. 4.50
Edeldahlia, Prachtsort. 1 Stck. RM. —45 10 Stck. 4.—
Stachelbeersträucher, 1 Stck. RM. —60 10 Stck. 5.—
Johannisbeersträucher, 1 Stck. RM. —45 10 Stck. 4.—
Blütenstauden in über 100 farbenprächtigen Arten wie Plox, Rittersporn, Asters, Pfingstrosen, Iris usw. 1 Stck. RM. —45, 10 Stck. RM. 4.—
Illustrierte Liste kostenlos. Jede Pflanze ist sortenrecht und pflanzenfertig beschnitten.

ADOLF PAULSEN, Baum- und Rosenschulen
Kaltenkirchen in Holst. Alvesloher Chaussee 22a

Zur gründl. Erlern. d. Haus-

halts find. geb.

jung. Mädchen

freundl. Aufn. in Pfarrh. Mitteld. Dienstm. und Wäschfr. vorhanden. Zuzahlung 60 Mk. monatlich. Angebote unter A 1292 an die Geschäftsstelle d. BL.

Suche für mein Mündel, welcher am 1. März d. Js. seine Lehre beendet hat, und Mitte d. Mts. seine Gehilfenprüfung macht, Stellung bei bescheid. Ansprüchen als

Gärtner-Gehilfe

Heinrich Held, Döberg bei Bünde.



KLISCHEES

ERHÖHEN DIE WIRKSAMKEIT JHRER ANZEIGEN.

ALLE DRUCKSTÜCKE IN MUSTERREICHIGER AUSFÜHRUNG

BORGSTADT & BUSCH
BIELEFELD, TELEFON 1304

Zum 1. April, evtl. später, suche ich für 23jähr. jung. Mädchen Wirkungskreis als

Haustochter

oder Kinderfr., evtl. als Gefährtin in einer Anstalt. Taschengeld erwünscht. Zuschr. erbet. an Gemeindefürsorge in Bielefeld, Arnswalde (Am.)

Wirtschafterin

erfahren in Küche und Haus, 51 J., sucht in einfachem christl. Hause leichtere Stellung bei bescheidenen Ansprüchen. Gef. Offert. erb. unter A 1294 an die Geschäftsstelle d. BL.

Haustochter

in ein Erholungsheim am Walde gesucht. Schl. um schl. Dienstpersonal vorhanden.

Oberin Köhler, Darmstadt Elisabethenstift.

Schwermütige, verzagte, Erholungsbedürftige und solche, die in geistiger Not sind, finden freundliche Aufnahme und Hilfe im Herrn zu mäßigem Preise im

Erholungsheim Haus Friedensruh

in Laufen/Byach, O./A. Balingen (Württbg.) Sommer und Winter geöffnet. Anfragen sind zu richten an die Leitung des Hauses

Hochfeiner la Honig

garantiert reiner, hellgelb, 10-Pfund-Dose 10,80 RM franko, 5-Pfund-Dose 6.— RM franko. Versand Nachn. Garant. Zurückn. Hermann'scher Honigversand Werthe 1. H. Nr. 183.

Pastor Felkes Magenstärker

hilft bei allen Magenbeschwerden ganz hervorragend. Erhältlich in den Apotheken, wo nicht, direkte Zusendung ohne Preisaufschlag franco gegen Nachnahme (Mk. 3,50 d. Fl.) durch die allein berechnete Herstellerin:

Firma Hermine Schmitz, Duisburg Fabr. pharmaz. Präparate, geg. 1903

Blumenschmuck

für Veranda, Balkon und Fensterbretter sind unstreitig meine echten oberbayerischen Gebirgs-Hängengelken

Versand überallhin. Illustrierte Preisliste gratis und franko.

A. Gnadt, Versandgärtnerei, Trudering 461 (Oberbayern)

Töchterheim

des Diakonissenhauses Kassel

staatlich anerkannte Haushaltungsschule, Landgraf Karlstr. 23, bietet jungen Töchtern Gelegenheit, sich zu tüchtigen Frauen und Müttern auszubilden. Näheres Prospekt.

Miele-Fahrrad ballonbereift



mit Sachs-Motor Modell 1931

das ideale Verkehrsmittel für alle Berufstätigen, stauer und fähigsten-fest, 2 Gänge, Geschwindigkeit 30 km, Brennstoff 1½ ltr. auf 100 km. Das Herrenrad kann auch mit am Sattel gekrüppeltem Rahmen geliefert werden. Preis in Normal-Ausführung mit Vordergabel-Federung und großem Sattel für das Herrenrad RM 311.—, für das Damenrad RM 321.—

Mielewerke A.G. Gütersloh/Westf. Über 2000 Werksangehörige.

Zu haben in den Fahrradhandlungen.

Bethel

Die staatl. anerf. Haushaltungssch. Eckardtshaus der Westf. Diakonissenanstalt Saxepts

bietet in ihrem Internat Töchtern christl. fam. Ausbildung in allen Zweigen des Haushalts. Gründl. hauswirtsch. Durchbildg. ermöglicht den Eintritt in praktische Berufe. Vertiefung der Allgemeinbildg., Lebensschulg. sind Ziele der Schule. Aufn. im April u. Oktober. Prospekt d. d. Leitung d. Schule.

Einmal hin-einmal her-gleich blitzende Reinheit!



Der neue praktische Straußverschleiß

Sonnenschein lacht Sie an — Sonnenschein durch Ata! Es macht Freude mit Ata zu arbeiten. Es spielt keine Rolle, ob es Metall, Holz, Glas oder Stein ist — alles strahlt in schönster Pracht. — Ata ist fein und sichert höchste Ergiebigkeit! Die handliche Streulflasche macht das Putzen bequem! Für Pfennige so viel gute Qualität! Für Pfennige Sonnenschein im Heim! Verstehen Sie nun, warum Millionen Hausfrauen in aller Welt begeisterte Atafreundinnen sind? Volks-Putzmittel — das ist



Henkels Putz- und Scheuerpulver ATA putzt und scheuert alles.

Hergestellt in den Persil-Werken.

Nehmen Sie zum Aufwaschen, Spülen und Reinigen Henkels

IMI A 162/31